



Privatschulen sparen dem Staat viel Geld

Karl Rombach informiert sich an den Zinzendorfschulen

Foto: Zinzendorfschulen

In seinem Urteil vom 6. Juli 2015 hatte der baden-württembergische Staatsgerichtshof festgestellt, dass Freie Schulen vom Land finanziell benachteiligt werden.

Königsfeld. Das Privatschulgesetz sei in Teilen verfassungswidrig, weshalb der Gesetzgeber aufgefordert wurde, die Finanzierung der rund 800 Freien Schulen im Land neu zu regeln.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, haben die Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulen (AGFS), der auch die Zinzendorfschulen angehören, sowie Eltern, Schüler, Lehrer und Mitarbeiter an Freien Schulen in Ba-

den-Württemberg die Kampagne »Hand hoch für Freie Schulen« ins Leben gerufen. Diese gipfelt am 1. Februar in Stuttgart in einer Podiumsdiskussion zwischen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen), Finanzminister Nils Schmid (SPD) sowie den Fraktionsvorsitzenden Guido Wolf (CDU) und Hans-Ulrich Rülke (FDP).

Forderung der Arbeitsgemeinschaft

Im Rahmen dieser Kampagne hat die Schulleitung der Zinzendorfschulen den Landtagsabgeordneten Karl Rombach (CDU) nach Königsfeld eingeladen, um ihre Situation zu erläutern, die Haltung der CDU

zu Privatschulen einzuschätzen und vor allem, um Unterstützung für die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft zu werben.

»Wir streben in Stufen eine Erhöhung der staatlichen Unterstützung auf 80 Prozent an«, bekräftigte Rombach die Ziele seiner Partei, sollte sie an der künftigen Regierung beteiligt sein. Um auf diese Zahl zu kommen, seien 43 bis 46 Millionen Euro nötig, rechnete der Abteilungsleiter der Realschule, Stefan Giesel, vor. Schulleiter Johannes Treude betonte, dass die Ressourcen nicht unendlich seien. »Es ist vor allem eine Frage der Verteilung.«

Rombach sieht, dass der Staat durch die Privatschulen viel Geld spart: »Wenn das Land den Privatschulen für je-

den Schüler die geforderten 80 Prozent dessen gibt, die dieser Schüler an einer staatlichen Schule an Kosten verursacht, spart es ja 20 Prozent. Selbst wenn der Zuschuss bei 90 Prozent läge, würde das Land immer noch sparen.« Er versicherte nicht nur deshalb den Zinzendorfschulen und mit ihnen allen Freien Schulen seine Wertschätzung: »Wie wären schlecht beraten, wenn wir sie am langen Arm verhungern lassen würden.«

Realschulen haben das größte Nachsehen

Stefan Giesel beklagte, dass die Realschulen unter allen Schularten die am geringsten bezuschusst seien. Das sah auch Rombach als ein Manko:

»Gerade die Realschulen bilden den wesentlichen Grundstein für unsere berufliche Ausbildung.«

Gegen Einführung der Grundschulempfehlung

Ein Zurück zur verbindlichen Grundschulempfehlung könne er sich nicht vorstellen, so Rombach in der weiteren Diskussion.

Die Gemeinschaftsschulen würden unter einer CDU-Regierung nach jetzigem Stand nicht weiter ausgebaut werden.

Johannes Treude gab Karl Rombach noch die eindringliche Botschaft mit auf den Weg: »Mit der Bildungspolitik steht und fällt die Zukunft des Landes.«